

Haushaltsrede 2011 der Fraktion Bündnis 90/ Die GRÜNEN

Sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Ratskolleginnen- und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

ein Blick in die Haushaltsentwicklung der vergangenen Jahre zeigt, dass eine chronische Finanzknappheit und das Ringen um eine angemessene bzw. auskömmliche finanzielle Ausstattung der Kommunen eine Begleiterscheinung der politischen Auseinandersetzung seit Jahrzehnten ist. Die Bürgerinnen und Bürger mussten darüber hinaus zur Kenntnis nehmen, dass auf europäischer Ebene mehrere Staaten nur durch den Rettungsschirm der EU-Partner Staatsinsolvenzen bislang abwehren konnten und dass auf nationaler Ebene der Schuldenberg so immens angewachsen ist, dass jedes Kind bereits mit einer persönlichen Schuldenlast von 25000 € zur Welt kommt. Es scheint Konsens in den oberen Etagen der Politik darüber zu herrschen, dass diese Situation durch konventionelle Sparmaßnahmen nicht mehr umkehrbar ist. Da ist die eigene Wiederwahl auch wichtiger.

Die Situation zu Beginn der Haushaltsberatungen in Lüdinghausen war auch deshalb sehr problematisch, weil unterschiedliche Signale aus Düsseldorf kamen. Gab es zunächst noch einen Nachschlag auf das GFG 2010, wurden

wir ein paar Tage später mit einer Neuberechnung konfrontiert, die alle Pläne des Kämmerers über den Haufen warf.

Zwar war zu erwarten, dass irgendwann einmal die Vorgaben aus dem Landesverfassungsgerichtsurteil umgesetzt werden sollten, in den letzten Jahren konnten die Münsterlandkreise jedoch von der Zögerlichkeit der alten Landesregierung profitieren. Auch jetzt wird das Gutachten nicht vollständig umgesetzt. Es kann über künftige Auswirkungen bei den Schlüsselzuweisungen also weiterhin kräftig spekuliert werden.

Vor allem die zu unvermittelte und unvollständige Umsetzung der Faktoren bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen hat nicht die Zustimmung unserer Fraktion gefunden. Deshalb haben wir die gemeinsame Beschwerde an die Landesregierung mit unterschrieben. Wir haben uns allerdings auch darüber geärgert, dass in der Folge der Bürgermeister schon mal mit falschen Zahlen argumentiert hat. Denn ein Minus bei den Schlüsselzuweisungen von fast 4 Mio € hätten wir auch ohne Änderung der Bemessungsgrundlagen zu verkraften gehabt, weil unsere Gewerbesteuerereinnahmen in den letzten Jahren so hoch waren, dass wir mit diesen knapp 4 Mio € Minus rechnen mussten. Es bleibt nach der Musterrechnung des Innenministeriums ein Loch von fast einer Million €. Weiterhin unbefriedigend, aber in der Ursache ganz anders zu gewichten, als in der Rechnung des Bürgermeisters. Dass die Gemeindefinanzen auch von anderer Seite reduziert werden, haben wir in den Haushaltsberatungen aufzuzeigen versucht. Denn auch der Bund delegiert gerne Pflichtaufgaben nach unten, ohne dass er für die nötige finanzielle Ausstattung der Gemeinden sorgt (Beispiel Personalausweis, Kosten der Unterkunft nach SGB II). Und dass Sparsamkeitsbemühungen des Kreises nur unter massivem Druck zu erreichen sind, bekommen wir jedes Jahr bei der Festsetzung der Kreisumlage zu spüren.

Diese Ausgangslage, die nicht erwarten ließ, dass vom Land oder vom Bund zügige Hilfe für die Sanierung der Kommunalfinanzen eintreffen würde, hat unsere Fraktion bei den Haushaltsberatungen dazu gebracht, zunächst alle uns sinnvoll erscheinenden Einsparmöglichkeiten vorzuschlagen. Wenn das für die Sanierung des Haushalts nicht reichen sollte, wollten wir auch den Weg der Einnahmeverbesserung beschreiten. Dabei wurde schnell deutlich, dass nicht alle Kostenpositionen im Haushalt zur Disposition stehen, obwohl sie uns viel Geld kosten werden. Zu erinnern ist dabei an die Neuausschreibung des Hallenbades, die der Stadt gegenüber dem vorhergehenden Vertragswerk eine Mehrausgabe von jährlich gut 300.000 € zumutet. Dazu wird auch die Leistungssporthalle gehören, für die im laufenden Haushalt schon Planungskosten in Höhe von 200.000 € anfallen werden. Das sind zwei Projekte, deren Dimension den Stadtverordneten bekannt war und für die wir im Haushalt an anderer Stelle Kürzungen vornehmen oder zusätzliche Einnahmen bereitstellen müssen.

Für uns war auch klar, dass wir den Verlockungen durch Landeszuschüsse nicht immer nachgeben dürfen. So war für uns ein Verzicht auf die Sanierung der Klostermauer und die Umgestaltung der Borg im Rahmen des Projekts „Stadt macht Platz“ selbstverständlich, beim letzten Projekt vor allem auch, weil unsere Zielsetzung hier, nämlich eine Verkehrsberuhigung zu erreichen, nicht mehr gewährleistet war. Dass die Sanierung des Marktplatzes bei dieser angespannten Haushaltslage keine Priorität genießen durfte, stand außer Frage. Sicherlich ließen sich auch einige Straßen auf kommende Jahre verschieben, streichen kann man diese Ansätze unseres Erachtens letztendlich nicht.

Problematisch wird es dann bei der Neuausstattung der Schulneubauten. Vor allem das St. Antonius-Gymnasium scheint es der schwarz-gelben Koalition angetan zu haben. Natürlich müssen Lehrerstühle im Gymnasium nicht teurer sein als solche in Grundschulen, die sonstigen Kürzungen für

das neu geschaffene Lehrerzimmer scheinen jedoch sachlich nicht begründet zu sein. Hier wurde eine undifferenzierte Vorlage der Verwaltung zum Anlass für eine pauschale Streichung genommen. Auch die Frage, ob für die neue Aula jetzt 200 oder 300 Stühle angeschafft werden sollen, folgt keiner anderen Logik als willkürlich gesetzten Streichzielen. Denn mit nur 200 Stühlen ist die Aula nicht voll funktionsfähig. Immerhin ist eine alternative Ausschreibung vorbereitet. Diese Frage tangiert in gleicher Weise die Bestuhlung der Realschulaula. Auch hier besteht dringender Handlungsbedarf. Wenn wir die Ausschreibung der Bestuhlung um ein Jahr hinauszögern, kann das dazu führen, dass wir mit schlechteren Konditionen zu rechnen haben und uns ein Verschieben insgesamt sogar teurer kommt. Wir beantragen deshalb, die Bestuhlung der Realschulaula als Verpflichtungsermächtigung im Haushalt zu belassen.

Was uns besonders auffiel, war, dass – wie seit Jahren schon – die Koalition mögliche Mehreinnahmen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben nicht nutzen will. Das hat auch etwas damit zu tun, dass sie Angst vor Steuererhöhungen hat mit der Begründung, diese seien dem Bürger nicht zuzumuten. Unserer Ansicht nach sollte dieses Instrument flexibel gehandhabt werden: Zur Finanzierung notwendiger Investitionen, müssen auch die Steuern erhöht werden, wenn das nötige Geld auf andere Weise nicht zu beschaffen ist. Sollte es der Kassenlage wieder gut gehen, können die Hebesätze auch wieder gesenkt werden. Selbst der designierte FDP-Vorsitzende Philipp Rösler hat das wohl erkannt und Haushaltssanierung den Vorzug vor dem Mantra der Steuersenkung gegeben.

Zur angestrebten Konsolidierung der städtischen Finanzen wird uns keiner unsere Aufgaben abnehmen und es werden auch nicht unvermutet ein paar Millionen in die Stadtkasse fließen. Die bisher trefflich zum Ausgleich des Haushalts herangezogene Ausgleichsrücklage von immerhin fast 8,5

Millionen € ist nur 4 Jahre nach Einführung des NKF zum Ende des Jahres vollständig aufgebraucht, so dass ein Abrutschen in die Haushaltssicherung in naher Zukunft zu befürchten ist. Gleichermäßen besorgniserregend ist die Liquiditätslage des Haushalts. Hier steht zu befürchten, dass die liquiden Mittel bis Ende des Jahres völlig abschmelzen und wir ab 2012 Liquiditätskredite benötigen. Da wird ein Beschluss, dieses Jahr keine Schulden aufzunehmen, mittelfristig nicht weiterhelfen. Aber auch in diesem Jahr kann es uns schon passieren, dass wir zur kurzfristigen Überbrückung von Liquiditätsengpässen Kassenkredite aufnehmen müssen – und dann wird der Beschluss, keine Schulden aufzunehmen, schon kurzfristig zu einem Bumerang, da wir in der Folge Zinsen zu zahlen haben, die uns an anderer Stelle fehlen.

Die Verwaltung hat das Problem wohl erkannt, aber nicht den Mut aufgebracht, für dieses Jahr schon die Hebesätze anzuheben. Wir befürchten, dass wir schon bald noch ganz andere Erhöhungen beschließen müssen, weil es in den letzten Jahren versäumt wurde, eine vorsorgendere Finanzpolitik zu betreiben. Genau daraufhin zielte unser Antrag zu einer weitergehenden Erhöhung der Grundsteuern A und B, der nicht auf die Zustimmung der Mehrheit der Stadtverordneten stieß.

Weil in diesem Haushalt die genannten Möglichkeiten nicht ausgeschöpft werden und weil sich weder CDU noch FDP noch SPD trauen, das Notwendige zu tun, lehnen wir diesen Haushalt ab.

